



Amtsgericht
Landgericht



Gerichtsvollzieher
Schnappich
DR II Nr. 312/09

**Was Sie über die Zwangs-
vollstreckung wissen sollten.**

Das schwierige Gebiet der Zwangsvollstreckung ist für die meisten Bürger ein Buch mit sieben Siegeln. Von einem ganz bestimmten Siegel hat aber jeder schon gehört: Vom Pfandsiegel, dem berühmten »Kuckuck«. Sie finden es auch auf unserem Titelbild abgebildet. Ansonsten wird der »Kuckuck« von der Gerichtsvollzieherin oder vom Gerichtsvollzieher aufgeklebt.

Gerichtsvollzieher, Pfandsiegelmarke

Da sind wir schon mitten in der Zwangsvollstreckung.

Deshalb besser der Reihe nach:

Unter Zwangsvollstreckung verstehen wir das staatliche Verfahren, mit dem der Gläubiger zwangsweise seine Ansprüche gegen den Schuldner durchsetzen kann. Damit ist gewährleistet, dass dies in einem geordneten Verfahren und nicht in Selbsthilfe geschieht.

Wichtige Voraussetzung ist zunächst, dass der vom Gläubiger geltend gemachte Anspruch vollstreckbar ist, und zwar in einem so genannten Titel. Solche Vollstreckungstitel sind insbesondere (vollstreckbare) Urteile und Vollstreckungsbescheide. Es kann sich aber auch um Vergleiche, die vor einem Gericht oder vor einer anerkannten Gütestelle geschlossen wurden, handeln. Jedenfalls muss vor der Zwangsvollstreckung mit dem Titel in verbindlicher Form geklärt sein, ob dem Gläubiger überhaupt der Anspruch gegen den Schuldner zusteht. Eine Zwangsvollstreckung hat natürlich nur dann Sinn, wenn der Schuldner seiner Verpflichtung aus dem Titel nicht freiwillig nachkommt. Das ist zunächst im beiderseitigen Interesse zu klären, damit überflüssige Kosten und Ärger vermieden werden.

Für den Schuldner empfiehlt es sich fast immer, es gar nicht erst zu einer Zwangsvollstreckung kommen zu lassen. Gegen unberechtigte Forderungen sollte er sich rechtzeitig wehren. Im übrigen sind Verhandlungen vor der Zwangsvollstreckung mit dem Gläubiger etwa über Ratenzahlungs- und Stundungsvereinbarungen oder Sanierungsbemühungen immer empfehlenswert. Die Sache einfach laufen zu lassen, etwa bis eine Gerichtsvollzieherin oder ein Gerichtsvollzieher in der Tür steht, ist dagegen nie empfehlenswert.

Kommt der Schuldner nicht freiwillig seinen festgelegten Verpflichtungen nach, muss der Gläubiger gegen ihn die Zwangsvollstreckung betreiben, um seine Forderung geltend zu machen. Dazu hat er sich auf dem durch das Zwangsvollstreckungsrecht vorgeschriebenen Weg der Hilfe staatlicher Vollstreckungsorgane zu bedienen. Eines dieser Organe kennen wir schon: Die Gerichtsvollzieherin bzw. den Gerichtsvollzieher.

Gerichtsvollzieher sind selbständige Organe der Rechtspflege; sie sind Beamte des mittleren Justizdienstes, die im Hinblick auf ihre Vollstreckungsaufgaben eine besondere Ausbildung durchlaufen haben. Zwar sind Gerichtsvollzieher einem Amtsgericht zugeordnet, dort aber nicht in den Geschäftsbetrieb eingegliedert. Sie unterhalten vielmehr ein eigenes Büro. Wundern Sie sich daher nicht, wenn Gerichtsvollzieher nicht bei dem entsprechenden Amtsgericht wie andere Beamte zu erreichen sind. Falls Sie deren Anschrift benötigen, wenden Sie sich an die Gerichtsvollzieher-Verteilungsstelle des Amtsgerichts.



Wie geht die Zwangsvollstreckung vor sich?

Nehmen wir an, es liegt ein nicht mehr anfechtbarer Vollstreckungsbescheid vor, wie er Ihnen in dem Faltblatt »Was Sie über den Mahnbescheid wissen sollten« des Justizministeriums vorgestellt wird. Da es hier um Zahlung von Geld geht, richtet sich die Zwangsvollstreckung danach, wie vollstreckt werden soll. Hat der Schuldner wertvolle Sachen wie Schmuck, teure Teppiche oder ähnliches, so wird der Gläubiger z. B. eine Gerichtsvollzieherin beauftragen, in das bewegliche Vermögen des Schuldners zu vollstrecken. Ausgerüstet mit den notwendigen Unterlagen, insbesondere dem Vollstreckungstitel, sucht dann die Gerichtsvollzieherin den Schuldner auf. Sie wird zunächst nochmals klären, ob der Schuldner nicht freiwillig zahlt oder bereits gezahlt hat. Wird die Vollstreckung nicht abgewendet und stehen ihr auch sonst keine Hindernisse entgegen, kann die Gerichtsvollzieherin z. B. in der Wohnung oder in den Geschäftsräumen des Schuldners pfänden. Dies geschieht, indem sie den bekannten »Kuckuck« auf den Pfandgegenstand klebt. Später werden die gepfändeten Sachen versteigert und der Erlös zur Abdeckung der Kosten und zur Befriedigung des Gläubigers verwendet.

In diesem Zusammenhang wird oft gefragt: Was ist, wenn die Gerichtsvollzieherin in der Wohnung des Schuldners pfänden will, was diesem gar nicht gehört, weil es etwa geliehen ist oder unter Eigentumsvorbehalt steht? Darum wird sich die Gerichtsvollzieherin außer bei offensichtlichem Fremdeigentum nicht kümmern können, da sie die Eigentumsverhältnisse an Ort und Stelle nicht nachprüfen kann. Sie wird die Pfändung durchführen, auch wenn sie auf das Fremdeigentum hingewiesen wird. Der Eigentümer muss sich dann auf dem vorgeschriebenen Wege gegen die Pfändung selbst wehren.

Keinesfalls darf die Pfandsiegelmarke eigenmächtig entfernt werden. Dies auch nicht, wenn der Eigentümer oder der Schuldner die Pfändung für unrechtmäßig hält. Das eigenmächtige Entfernen der Pfandsiegelmarke ist strafbar. Gegen eine für unrechtmäßig gehaltene Pfändung muss der Betroffene auf dem Rechtswege vorgehen.

Weiterhin ist oft folgende Frage von Interesse: Was passiert, wenn die Gerichtsvollzieherin nichts Pfändbares findet? Dann ist eine Pfändung fruchtlos und die Gerichtsvollzieherin wird dem Gläubiger eine entsprechende Bescheinigung ausstellen. Das bedeutet allerdings nicht, dass der Schuldner gar nichts hat. Um die wirtschaftliche Existenz zu sichern, ist gesetzlich bestimmt, dass in gewissem Umfang Sachen des Schuldners unpfändbar sind. Dies sind etwa die notwendigsten Einrichtungsgegenstände und Kleidungsstücke sowie Dinge, die der Schuldner zur Berufsausübung braucht. Hier muss man sich im Zweifel erkundigen.

Eidesstattliche Versicherung

Verläuft die Pfändung fruchtlos, kann der Gläubiger darauf hinwirken, dass der Schuldner durch eine eidesstattliche Versicherung sein Vermögen offenbart. Diese Versicherung ist besser bekannt unter ihrem früheren Namen als »Offenbarungseid«. Wenn ein entsprechender Auftrag des Gläubigers vorliegt, kann dies unmittelbar im Anschluss an eine fruchtlos gebliebene Zwangsvollstreckung geschehen.

Diese Versicherung spielt in der Zwangsvollstreckungspraxis eine große Rolle, und sie hat einschneidende Konsequenzen für den Schuldner. Er kann einmal durch Haft zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung angehalten werden. Zum anderen werden die Abgabe der eidesstattlichen Versicherung und die Haftanordnung in ein bei den Gerichten geführtes Schuldnerverzeichnis eingetragen, aus dem jedermann Auskunft zu

geben ist, wenn diese zum Zwecke der Zwangsvollstreckung verwendet oder zu anderen gesetzlich zugelassenen Zwecken benötigt wird. Die Auskunft aus dem Schuldnerverzeichnis spielt bei der Beurteilung der Kreditwürdigkeit eine entscheidende Rolle. Wer hier eingetragen ist, muss im Wirtschaftsleben, z.B. bei Kontoeröffnungen oder bei Kreditaufnahmen, mit erheblichen Schwierigkeiten rechnen.

Heutzutage ist bei der Vollstreckung von Geldforderungen die sogenannte Forderungspfändung von besonderer Bedeutung. Hier wird nicht eine Sache durch den Gerichtsvollzieher gepfändet, sondern eine Forderung des Schuldners gegen einen Dritten durch das Gericht. Wichtigster Fall ist die Pfändung von Arbeitseinkommen. Das Vollstreckungsgericht pfändet den Anspruch des Schuldners gegen seinen Arbeitgeber auf Einkommen mit Hilfe eines so genannten Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses zugunsten des Gläubigers. Das läuft darauf hinaus, dass dem Arbeitgeber durch das Vollstreckungsgericht aufgegeben wird, statt an den Schuldner an den Gläubiger das Gehalt auszuzahlen. Wie aber auch die Gerichtsvollzieherin nicht alles pfänden darf, um dem Schuldner das Existenzminimum zu sichern, darf auch das Einkommen nicht in voller Höhe, sondern nur in bestimmtem Umfang gepfändet werden. Der jeweils unpfändbare Betrag hängt ab von der Höhe des Nettoeinkommens und der Unterhaltspflicht des Schuldners sowie der Art der Forderung. Die Beträge werden alle zwei Jahre zum 1. Juli entsprechend der prozentualen Entwicklung des Grundfreibetrages nach § 32a Abs. 1 Nr. 1 des Einkommenssteuergesetzes angepasst.

Außer wegen Geldforderungen findet die Zwangsvollstreckung auch wegen anderer Ansprüche wie etwa Herausgabe von beweglichen und unbeweglichen Sachen statt. Von besonderem Interesse ist die Heraus-

gabe einer Wohnung auf Grund eines so genannten Räumungstitels. Auch hier darf der Vermieter nicht etwa zur Selbsthilfe greifen, das Schloss auswechseln und die Möbel auf die Straße stellen, selbst wenn der Mieter seiner im Räumungstitel ausgesprochenen Pflicht nicht nachkommt. Er muss sich der Hilfe der Gerichtsvollzieherin bedienen. Diese räumt im Rahmen des geordneten Zwangsvollstreckungsverfahrens die Wohnung, notfalls mit Gewalt.

Nochmals ist darauf hinzuweisen, dass auf jeden Fall versucht werden sollte, die zwangsweise Räumung abzuwenden. Mit dem Verlust einer Wohnung sind immer schwerwiegende Härten verbunden. Drohende Obdachlosigkeit hindert die Vollstreckung durch Gerichtsvollzieher jedoch nicht! Als Betroffene oder Betroffener sollte man daher rechtzeitig sachkundige Hilfe, etwa durch das Sozialamt, in Anspruch nehmen. Eine Zwangsvollstreckung ist auch in das unbewegliche Vermögen – d. h. in bebaute und unbebaute Grundstücke – möglich, und zwar durch Zwangshypothek und -verwaltung sowie durch Zwangsversteigerung. Dazu abschließend folgendes: Vielfach ist in den letzten Jahren im Wege der Zwangsversteigerung mühsam erworbenes Wohneigentum »unter den Hammer« gekommen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es im Stadium der Zwangsversteigerung für Rettungsversuche zu spät war. Die Betroffenen mussten die mit der Zwangsversteigerung meist verbundenen erheblichen finanziellen Verluste hinnehmen. Auch hier gilt wiederum: rechtzeitig handeln, durch gute Beratung und Planung – im Notfall durch frühzeitige Sanierungsbemühungen – Vorsorge treffen.

Das Wichtigste, was man über die Zwangsvollstreckung wissen sollte, ist:

Lassen Sie es möglichst gar nicht erst so weit kommen!

Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ... Personen									
Netto-Lohn monatlich in Euro			Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ... Personen						
			0	1	2	3	4	5 und mehr	
	bis	989,99	–	–	–	–	–	–	
990,00	bis	999,99	3,40	–	–	–	–	–	
1000,00	bis	1009,99	10,40	–	–	–	–	–	
1010,00	bis	1019,99	17,40	–	–	–	–	–	
1020,00	bis	1029,99	24,40	–	–	–	–	–	
1030,00	bis	1039,99	31,40	–	–	–	–	–	
1040,00	bis	1049,99	38,40	–	–	–	–	–	
1050,00	bis	1059,99	45,40	–	–	–	–	–	
1060,00	bis	1069,99	52,40	–	–	–	–	–	
1070,00	bis	1079,99	59,40	–	–	–	–	–	
1080,00	bis	1089,99	66,40	–	–	–	–	–	
1090,00	bis	1099,99	73,40	–	–	–	–	–	
1100,00	bis	1109,99	80,40	–	–	–	–	–	
1110,00	bis	1119,99	87,40	–	–	–	–	–	
1120,00	bis	1129,99	94,40	–	–	–	–	–	
1130,00	bis	1139,99	101,40	–	–	–	–	–	
1140,00	bis	1149,99	108,40	–	–	–	–	–	
1150,00	bis	1159,99	115,40	–	–	–	–	–	
1160,00	bis	1169,99	122,40	–	–	–	–	–	
1170,00	bis	1179,99	129,40	–	–	–	–	–	
1180,00	bis	1189,99	136,40	–	–	–	–	–	
1190,00	bis	1199,99	143,40	–	–	–	–	–	
1200,00	bis	1209,99	150,40	–	–	–	–	–	
1210,00	bis	1219,99	157,40	–	–	–	–	–	
1220,00	bis	1229,99	164,40	–	–	–	–	–	
1230,00	bis	1239,99	171,40	–	–	–	–	–	
1240,00	bis	1249,99	178,40	–	–	–	–	–	
1250,00	bis	1259,99	185,40	–	–	–	–	–	
1260,00	bis	1269,99	192,40	–	–	–	–	–	
1270,00	bis	1279,99	199,40	–	–	–	–	–	
1280,00	bis	1289,99	206,40	–	–	–	–	–	
1290,00	bis	1299,99	213,40	–	–	–	–	–	
1300,00	bis	1309,99	220,40	–	–	–	–	–	
1310,00	bis	1319,99	227,40	–	–	–	–	–	
1320,00	bis	1329,99	234,40	–	–	–	–	–	
1330,00	bis	1339,99	241,40	–	–	–	–	–	
1340,00	bis	1349,99	248,40	–	–	–	–	–	
1350,00	bis	1359,99	255,40	–	–	–	–	–	
1360,00	bis	1369,99	262,40	2,05	–	–	–	–	
1370,00	bis	1379,99	269,40	7,05	–	–	–	–	
1380,00	bis	1389,99	276,40	12,05	–	–	–	–	
1390,00	bis	1399,99	283,40	17,05	–	–	–	–	
1400,00	bis	1409,99	290,40	22,05	–	–	–	–	
1410,00	bis	1419,99	297,40	27,05	–	–	–	–	
1420,00	bis	1429,99	304,40	32,05	–	–	–	–	
1430,00	bis	1439,99	311,40	37,05	–	–	–	–	
1440,00	bis	1449,99	318,40	42,05	–	–	–	–	
1450,00	bis	1459,99	325,40	47,05	–	–	–	–	
1460,00	bis	1469,99	332,40	52,05	–	–	–	–	
1470,00	bis	1479,99	339,40	57,05	–	–	–	–	
1480,00	bis	1489,99	346,40	62,05	–	–	–	–	
1490,00	bis	1499,99	353,40	67,05	–	–	–	–	
1500,00	bis	1509,99	360,40	72,05	–	–	–	–	
1510,00	bis	1519,99	367,40	77,05	–	–	–	–	
1520,00	bis	1529,99	374,40	82,05	–	–	–	–	
1530,00	bis	1539,99	381,40	87,05	–	–	–	–	
1540,00	bis	1549,99	388,40	92,05	–	–	–	–	
1550,00	bis	1559,99	395,40	97,05	–	–	–	–	
1560,00	bis	1569,99	402,40	102,05	–	–	–	–	
1570,00	bis	1579,99	409,40	107,05	3,01	–	–	–	
1580,00	bis	1589,99	416,40	112,05	7,01	–	–	–	
1590,00	bis	1599,99	423,40	117,05	11,01	–	–	–	
1600,00	bis	1609,99	430,40	122,05	15,01	–	–	–	

Netto-Lohn monatlich in Euro			Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ... Personen					
			0	1	2	3	4	5 und mehr
1610,00	bis	1619,99	437,40	127,05	19,01	—	—	—
1620,00	bis	1629,99	444,40	132,05	23,01	—	—	—
1630,00	bis	1639,99	451,40	137,05	27,01	—	—	—
1640,00	bis	1649,99	458,40	142,05	31,01	—	—	—
1650,00	bis	1659,99	465,40	147,05	35,01	—	—	—
1660,00	bis	1669,99	472,40	152,05	39,01	—	—	—
1670,00	bis	1679,99	479,40	157,05	43,01	—	—	—
1680,00	bis	1689,99	486,40	162,05	47,01	—	—	—
1690,00	bis	1699,99	493,40	167,05	51,01	—	—	—
1700,00	bis	1709,99	500,40	172,05	55,01	—	—	—
1710,00	bis	1719,99	507,40	177,05	59,01	—	—	—
1720,00	bis	1729,99	514,40	182,05	63,01	—	—	—
1730,00	bis	1739,99	521,40	187,05	67,01	—	—	—
1740,00	bis	1749,99	528,40	192,05	71,01	—	—	—
1750,00	bis	1759,99	535,40	197,05	75,01	—	—	—
1760,00	bis	1769,99	542,40	202,05	79,01	—	—	—
1770,00	bis	1779,99	549,40	207,05	83,01	0,29	—	—
1780,00	bis	1789,99	556,40	212,05	87,01	3,29	—	—
1790,00	bis	1799,99	563,40	217,05	91,01	6,29	—	—
1800,00	bis	1809,99	570,40	222,05	95,01	9,29	—	—
1810,00	bis	1819,99	577,40	227,05	99,01	12,29	—	—
1820,00	bis	1829,99	584,40	232,05	103,01	15,29	—	—
1830,00	bis	1839,99	591,40	237,05	107,01	18,29	—	—
1840,00	bis	1849,99	598,40	242,05	111,01	21,29	—	—
1850,00	bis	1859,99	605,40	247,05	115,01	24,29	—	—
1860,00	bis	1869,99	612,40	252,05	119,01	27,29	—	—
1870,00	bis	1879,99	619,40	257,05	123,01	30,29	—	—
1880,00	bis	1889,99	626,40	262,05	127,01	33,29	—	—
1890,00	bis	1899,99	633,40	267,05	131,01	36,29	—	—
1900,00	bis	1909,99	640,40	272,05	135,01	39,29	—	—
1910,00	bis	1919,99	647,40	277,05	139,01	42,29	—	—
1920,00	bis	1929,99	654,40	282,05	143,01	45,29	—	—
1930,00	bis	1939,99	661,40	287,05	147,01	48,29	—	—
1940,00	bis	1949,99	675,40	292,05	151,01	51,29	—	—
1950,00	bis	1959,99	668,40	297,05	155,01	54,29	—	—
1960,00	bis	1969,99	682,40	302,05	159,01	57,29	—	—
1970,00	bis	1979,99	689,40	307,05	163,01	60,29	—	—
1980,00	bis	1989,99	696,40	312,05	167,01	63,29	0,88	—
1990,00	bis	1999,99	703,40	317,05	171,01	66,29	2,88	—
2000,00	bis	2009,99	710,40	322,05	175,01	69,29	4,88	—
2010,00	bis	2019,99	717,40	327,05	179,01	72,29	6,88	—
2020,00	bis	2029,99	724,40	332,05	183,01	75,29	8,88	—
2030,00	bis	2039,99	731,40	337,05	187,01	78,29	10,88	—
2040,00	bis	2049,99	738,40	342,05	191,01	81,29	12,88	—
2050,00	bis	2059,99	745,40	347,05	195,01	84,29	14,88	—
2060,00	bis	2069,99	752,40	352,05	199,01	87,29	16,88	—
2070,00	bis	2079,99	759,40	357,05	203,01	90,29	18,88	—
2080,00	bis	2089,99	766,40	362,05	207,01	93,29	20,88	—
2090,00	bis	2099,99	773,40	367,05	211,01	96,29	22,88	—
2100,00	bis	2109,99	780,40	372,05	215,01	99,29	24,88	—
bis (jewells)		+10,00	+7,00	+5,00	+4,00	+3,00	+2,00	—
2180,00	bis	2189,99	836,40	412,05	247,01	123,29	40,88	—
2190,00	bis	2199,99	843,40	417,05	251,01	126,29	42,88	0,79
2200,00	bis	2209,99	850,40	422,05	255,01	129,29	44,88	1,79
2210,00	bis	2219,99	857,40	427,05	259,01	132,29	46,88	2,79
2220,00	bis	2229,99	864,40	432,05	263,01	135,29	48,88	3,79
2230,00	bis	2239,99	871,40	437,05	267,01	138,29	50,88	4,79
bis (jewells)		+10,00	+7,00	+5,00	+4,00	+3,00	+2,00	+1,00
3000,00	bis	3009,99	1410,40	822,05	575,01	369,29	204,88	81,79
3010,00	bis	3019,99	1417,40	827,05	579,01	372,29	206,88	82,79
3020,00	bis	3020,06	1424,40	832,05	583,01	375,29	208,88	83,79

Der Mehrbetrag über 3020,06 EURO ist voll pfändbar.

Herausgeber:

**Justizministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
Justizkommunikation
40190 Düsseldorf
Info 26/Stand: 2009**



Alle Broschüren und Faltblätter des Justizministeriums finden Sie unter www.justiz.nrw.de (Infomaterial), dort ist auch ein Online-Bestellformular eingestellt.

Telefonisch können Sie alle Veröffentlichungen bei Call NRW, werktags zwischen 8.00 und 18.00 Uhr unter **0180 3 100 110** (0,09 € pro Minute aus dem deutschen Festnetz, abweichende Preise für Mobilfunkteilnehmer) bestellen.

Druck:

**jva druck+medien
Möhlendyck 50
47608 Geldern
druckerei@jva-geldern.nrw.de**

